

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Heinz Köhler, Gabriele Lösekrug-Möller, Ulrike Mehl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Undine Kurth (Quedlinburg), Volker Beck (Köln), Winfried Hermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/3454 –**

Grünes Band als einzigartigen Biotopverbund und als Erinnerungsstätte der deutschen Teilung sichern

A. Problem

Vor dem Hintergrund einer Würdigung der bisherigen Bemühungen zur Erhaltung und Förderung eines zusammenhängenden Biotopverbundes entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze soll die Bundesregierung durch den Antrag aufgefordert werden, eine Reihe weiterer Schritte zur Sicherung und Fortentwicklung dieses so genannten Grünen Bandes einzuleiten. Hierzu zählt die Forderung, die Verhandlungen mit den Ländern über die kostenlose Übertragung von Flächen, die dem Mauergrundstücksgesetz unterliegen, zügig abzuschließen, ferner sollen u. a. Möglichkeiten zur Förderung eines naturverträglichen Rad- und Wandertourismus innerhalb des Grünen Bandes geprüft werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten sind Gegenstand der politischen Diskussion (siehe Bericht).

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3454 – anzunehmen.

Berlin, den 27. Oktober 2004

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker
Vorsitzender

Gabriele Lösekrug-Möller
Berichterstatterin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatter

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gabriele Lösekrug-Möller, Cajus Julius Caesar, Undine Kurth (Quedlinburg) und Angelika Brunkhorst

I.

Der Antrag – Drucksache 15/3454 – wurde in der 118. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juli 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat einstimmig empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss für Tourismus hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

II.

Vor dem Hintergrund einer Würdigung der bisherigen Bemühungen zur Erhaltung und Förderung eines zusammenhängenden Biotopverbundes entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze soll die Bundesregierung durch den Antrag aufgefordert werden, eine Reihe weiterer Schritte zur Sicherung und Fortentwicklung dieses so genannten Grünen Bandes einzuleiten. Hierzu zählt die Forderung, die Verhandlungen mit den Ländern über die kostenlose Übertragung von Flächen, die dem Mauergrundstücksgesetz unterliegen, zügig abzuschließen, ferner sollen u. a. Möglichkeiten zur Förderung eines naturverträglichen Rad- und Wandertourismus innerhalb des Grünen Bandes geprüft werden.

III.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag – Drucksache 15/3454 – in seiner Sitzung am 27. Oktober 2004 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde unterstrichen, mit der Einrichtung eines Biotopverbundes entlang der fast 1400 km langen ehemaligen Grenze zur DDR biete sich die einzigartige Gelegenheit, den Lebensraum zahlreicher, teilweise gefährdeter Tier- und Pflanzenarten zu erhalten und zu fördern und zugleich die Erinnerung an die frühere Teilung Deutschlands und Europas in anschaulicher Weise aufrechtzuerhalten. Allerdings lege man, gerade auch unter dem zeitgeschichtlichen Blickwinkel, Wert darauf, das Grüne Band nicht als einen rein innerstaatlichen Biotopverbund, sondern als Teil eines möglichen europäischen Biotopverbundnetzes entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ zu betrachten. Insofern hoffe man sehr, dass das Vorhaben auch andere Anrainernstaaten dieser früheren Trennungslinie Europas anrege, vergleichbare Biotopverbundsysteme einzurichten. Unbestritten sei, dass sich das Grüne Band nur gemeinsam mit den

betroffenen Bundesländern verwirklichen lassen werde. Derzeit bestehe zwar eine große Bereitschaft auf Länderseite, sich entsprechend zu engagieren, andererseits gebe es jedoch noch eine Reihe bisher ungelöster Detailfragen, die einer Realisierung des Grünen Bandes im Wege stünden. Die noch nicht gelösten Probleme würden u. a. im dritten Abschnitt des Antrags angesprochen, etwa indem die Bundesregierung unter Nummer 6 des Forderungskatalogs aufgefordert werde, die Verhandlungen mit den Ländern über eine kostenlose Übertragung von Flächen, die dem Mauergrundstücksgesetz unterliegen, zügig abzuschließen und dabei für in einem Naturschutzgebiet liegende Übertragungsflächen eine dingliche Sicherung für den Naturschutz sicherzustellen. Wichtig sei, die offenen Fragen rasch zu klären, damit das Grüne Band möglichst bald verwirklicht werden könne. Daher bitte man darum, dem Antrag eine möglichst breite Unterstützung zukommen zu lassen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde betont, mit dem Vorhaben zur Errichtung eines durchschnittlich 100 Meter breiten Grünen Bandes entlang der rd. 1 400 Kilometer langen ehemaligen innerdeutschen Grenze biete sich die einmalige Gelegenheit, durch die Verbindung bereits unter Naturschutz stehender Flächen mit weiteren Flächen einen einzigartigen, neue wie alte Bundesländer berührenden Biotopverbund auf einer Fläche von etwa 14 000 Hektar zu erhalten und weiterzuentwickeln. Eine wesentliche Voraussetzung für ein Gelingen dieses Vorhabens sei eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Hinblick auf die Bewältigung der noch offenen Fragen, insbesondere auch, was die bisher ungelösten vermögensrechtlichen Probleme anbelange. Dass die Bedeutung des Grünen Bandes von Seiten der Bundesländer anerkannt werde, zeige sich u. a. in einer gemeinsamen Erklärung der Umweltminister von Thüringen, Hessen und Bayern zu diesem Vorhaben; in ihr werde sowohl auf die naturschutzfachliche Begründung als auch auf die Bedeutung des Grünen Bandes als Stätte der Erinnerung an die deutsche Teilung abgestellt. Wichtig sei, die vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen und deren Interessen zu berücksichtigen. Hieraus leite sich die Aufforderung ab, die zur Verfügung stehenden Förderprogramme tatsächlich zu nutzen und auch dem Instrument des Vertragsnaturschutzes verstärkt Geltung zu verschaffen. Die Fraktion der CDU/CSU setze sich nachdrücklich für die Verwirklichung des Grünen Bandes ein. Sie verbinde dies mit der Überzeugung, dass im Zuge der Realisierung dieses Vorhabens wie auch anschließend großer Wert auf eine Kooperation zwischen Bund und Ländern sowie mit den vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen, mit den Grundeigentümern, den betroffenen Gemeinden und allen Menschen und Institutionen, deren Interessen das Grüne Band tangiere, gelegt werden sollte. Dem vorliegenden Antrag werde zugestimmt.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde die Unterstützung des Antrags durch die Fraktion der CDU/CSU begrüßt. Das Vorhaben zur Errichtung eines Biotopverbundes entlang der ehemaligen innerdeutschen

Grenze habe durch die betroffenen Bundesländer wie auch durch die jeweilige örtliche Bevölkerung vielfältige Unterstützung erfahren. Von daher sollten die politischen Verhandlungen zur Lösung der noch offenen rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen nunmehr zügig abgeschlossen werden. Der Biotopverbund Grünes Band eröffne nicht nur in naturschutzfachlicher Hinsicht einzigartige Möglichkeiten zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Tier- und Pflanzenarten, er biete vielmehr auch die Gelegenheit, die Erinnerung an die frühere Teilung Deutschlands und Europas in eindrucksvoller Weise aufrechtzuerhalten. Gerade im Hinblick auf die Förderung des Geschichtsbewusstseins der jüngeren, nach dem Fall der Mauer geborenen Menschen komme dem Biotopverbund Grünes Band daher eine besondere Bedeutung zu.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wurde das Vorhaben zur Einrichtung des Biotopverbundes Grünes Band nachdrück-

lich befürwortet, zugleich jedoch dargelegt, dass man den vorliegenden Antrag aus zwei Gründen nicht vorbehaltlos unterstützen könne. Einerseits sei eine Reihe von juristischen Verfahren zur Klärung der Eigentumsrechte betroffener Alteigentümer noch nicht abgeschlossen, insofern bestehe weiterer rechtlicher Klärungsbedarf. Zum anderen sei die Bundesregierung mit Blick auf das Grüne Band aufgefordert, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zur – teilweise kostenlosen – Flächenübertragung aus Gründen des Natur- und Biotopschutzes auch tatsächlich umzusetzen. Bei der Abstimmung über den Antrag werde man sich daher der Stimme enthalten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 15/3454 – anzunehmen.

Berlin, den 16. November 2004

Gabriele Lösekrug-Möller
Berichterstatlerin

Cajus Julius Caesar
Berichterstatler

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatlerin

Angelika Brunkhorst
Berichterstatlerin